

Wie regenerativ ist die Energiewende tatsächlich?

Das Energiekonzept der Bundesregierung zwischen Aufbruch und nicht regenerativen Mustern

Die Energiewende erfordert eine neue Energiekultur von Politik, Wissenschaft und Gesellschaft. Der Umstieg auf erneuerbare oder regenerative Energien folgt bislang aber vor allem technologischen und ökonomischen Prämissen. Aus nachhaltiger und vorsorgender Perspektive fehlt die Sorge um und für die Regenerationsfähigkeit der Lebensgrundlagen – auch für zukünftige Generationen. Aufgabe von Politik wäre es, Menschen zu einem regenerativen Umgang mit Energie zu befähigen.

Adelheid Biesecker, Uta von Winterfeld

How Regenerative Is the Energy Transition? The German Federal Government's Energy Concept: Between Renewal and Regenerational Neglect | GAIA 25/1 (2016): 34–37 | **Keywords:** caring economics, energy systems, energy transition, justice, sustainable development

Die Energiewende stellt unbestritten eine Zäsur in der Energieversorgung dar: Der Ausstieg aus der Atomkraft erfordert ein neues Energiesystem, das naturverträglich und lebensdienlich – nachhaltig also – ausgerichtet ist. Bei einem solch umfassenden und langfristig ausgerichteten Projekt werden Weichen für die zukünftige Gestaltung der Energieinfrastrukturen und den gesellschaftlichen Umgang mit Energie gestellt. Geht es um die Qualifizierung dieses „Neuen“, wird im Rahmen der Energiewende vorzugsweise von „erneuerbaren“ Energien gesprochen. Mitunter fällt auch der Begriff „regenerativ“. „Regenerativ“ halten wir für einen zentralen Begriff, weil er auf die Selbsterhaltungs- und Selbsterneuerungskräfte von Natur und Gesellschaft und damit auf Natur- und Sozialverträglichkeit verweist. Deshalb ist zu fragen, wie „regenerativ“ die Energiewende konzipiert ist, umgesetzt wird und umgesetzt werden soll.

Im Folgenden klären wir die Bedeutung des Begriffs „regenerativ“ mit Rückgriff auf Nachhaltigkeitskriterien. Anschließend behandeln wir die Fragen, ob die Energiewende derzeit „regenerationsvergessen“ gestaltet wird und inwiefern der „neue“ Umgang mit Energie Gefahr läuft, alten, nicht regenerativen Mustern verhaftet zu bleiben. Abschließend skizzieren wir regenerative Perspektiven der Energiewende.

Vorsorgendes Wirtschaften

Regenerativ bedeutet, Energie so zu produzieren, zu verteilen und zu nutzen, dass sich der ganze Prozess aus sich selbst heraus wiederherstellen kann. Die Regenerationsfähigkeit der verwendeten Energiequellen und Rohstoffe ist aber beschränkt; Rhythmen von Wachstum und „Ernte“ sind zu berücksichtigen. Damit tritt zugleich der Mensch als Akteur bei der Herstellung, Verteilung und Nutzung von Energie in den Vordergrund.

Unter Nachhaltigkeitsprämissen muss regenerative Energieproduktion für den Erhalt der Lebensgrundlagen sorgen. Demnach darf der Ausbau „regenerativer“ Energien die Regenerationsfähigkeit in anderen Bereichen nicht zerstören – etwa durch den intensiven Abbau von Ressourcen wie seltenen Erden, die für die Herstellung von Windrädern und Solarzellen benötigt werden. Das Prinzip, die Lebensgrundlagen dauerhaft zu erhalten, soll die Versorgung zukünftiger Generationen sichern (*intergenerative Gerechtigkeit*). Dies lässt sich mit John Locke illustrieren, der in seiner politischen Theorie zu Beginn der Neuzeit einen Eigentumsvorbehalt formuliert hat: Man darf nur so viel nehmen, dass anderen – mit Bezug auf Nachhaltigkeit heißt dies anderen, künftigen Generationen – genügend und in derselben Qualität davon verbleibt (Locke 1977, S. 33, 218ff.).¹

Das Nachhaltigkeitsprinzip beinhaltet außerdem *intragenerative Gerechtigkeit*, also Gerechtigkeit zwischen den heute le-

Kontakt: Prof. em. Dr. Adelheid Biesecker | Heinrich-Böll-Str. 24 | 28215 Bremen | Deutschland | E-Mail: abiesecker@t-online.de

PD Dr. Uta von Winterfeld | Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie GmbH | Wuppertal | Deutschland | E-Mail: uta.winterfeld@wupperinst.org

© 2016 A. Biesecker, U. von Winterfeld; licensee oekom verlag. This is an article distributed under the terms of the Creative Commons Attribution License (<http://creativecommons.org/licenses/by/3.0>), which permits unrestricted use, distribution, and reproduction in any medium, provided the original work is properly cited.

¹ In der jüngsten Enzyklika des Papstes wird dieser Gedanke ebenfalls aufgegriffen: „Ohne die Solidarität zwischen den Generationen kann von nachhaltiger Entwicklung keine Rede sein. Wenn wir an die Situation denken, in der der Planet den kommenden Generationen hinterlassen wird, treten wir in eine andere Logik ein, in die des freien Geschenks, das wir empfangen und weitergeben“ (Papst Franziskus 2015).

benden Generationen. Denn es fordert dazu auf, vorrangig die Grundbedürfnisse der armen Menschen dieser Welt zu befriedigen. Aus der Perspektive des Regenerativen heißt das, Menschen zu ermöglichen, ihren Lebenserhalt so zu gestalten, dass sie Natur und natürliche Energiequellen nicht ausbeuten müssen, sondern regenerativ und regenerierend gestalten können. Damit gewinnt die soziale Dimension von Nachhaltigkeit an Bedeutung. Aufgabe von Politik sollte es sein, Menschen Möglichkeitsräume für einen regenerativen Umgang mit Energie zur Verfügung zu stellen.

Das Prinzip Nachhaltigkeit fordert somit zum Sorgen auf. Die Sorge um und für die Regenerationsfähigkeit der Lebensgrundlagen wird jedoch im Mainstream der Energiewendebatte kaum thematisiert. Eine Ausnahme sind feministische Arbeiten: Beispielsweise stehen im Konzept des vorsorgenden Wirtschaftens Sorge und Vorsorge als Handlungsprinzipien im Mittelpunkt (Netzwerk Vorsorgendes Wirtschaften 2013).² Und die Politikwissenschaftlerin Joan C. Tronto schreibt von der Notwendigkeit einer *caring democracy*. Der Schlüssel eines guten Lebens für alle liege in einem sorgeerfüllten Leben: Eine wirklich freie Gesellschaft ermöglicht allen, zu sorgen – für sich selbst, für andere Menschen, für Tiere, Institutionen und Ideale. Eine freie Gesellschaft ermöglicht Menschen gleichermaßen, gut umsorgt zu sein und sich in Sorgebeziehungen zu engagieren (Tronto 2013, S. 170). In solch einer Gesellschaft sorgen sich die Menschen auch um die Demokratie selbst. Da Sorgeprozesse immer mit konkreten Menschen und konkreten Naturen an konkreten Orten zu tun haben, basiert diese demokratische Haltung auf Dezentralität. Dezentrale Strukturen erhöhen demnach die Regenerationsfähigkeit von Systemen. Im Zentrum stehen sorgende, sozial (aufeinander bezogen und mit Blick auf künftige Generationen) und ökologisch (in Beziehung zu ihrer natürlichen Mitwelt) handelnde Menschen.

Ist die Energiewende „regenerationsvergessen“?

Seit der Reaktorkatastrophe von Fukushima werden die Debatten zur Energiewende intensiver und teils kontrovers geführt. Politisch wird derzeit vor allem über die „Architektur des Strommarkts“ verhandelt (Joas und Küchler 2015, S. 2). Bei unserer Argumentation konzentrieren wir uns auf einige Dokumente, um das Problem der Regenerationsvergessenheit herauszuarbeiten.

Die Energiewende soll nach Meinung der Parteivorsitzenden von CDU, CSU und SPD eine „ökologische und ökonomische Erfolgsgeschichte“ werden (BMWi 2015); die soziale Dimension des Nachhaltigkeitsprinzips wird ausgeblendet. In Folge kommen private Nutzer(innen) in Haushalten gar nicht als handelnde Akteure vor, etwa als Stromproduzent(inn)en. Sie treten stattdessen in zwei anderen Rollen auf: als Kund(inn)en und als widerständige Bürger(innen), wenn etwa der Verlauf von geplanten Stromtrassen verhandelt wird. In beiden Fällen wird ihnen weder Interesse noch Kompetenz bezüglich einer aktiven Beteiligung an der

Gestaltung der Energiewende zugetraut. Vielmehr scheinen sie als Kund(inn)en, also als Marktakteure, nur Interesse an sicherem und billigem Strom zu haben; und als Bürger(innen) wehren sie sich gegen Eingriffe in ihr Lebensumfeld. Von (vor)sorgenden demokratischen Personen mit Energiekompetenz und Regenerationsbewusstsein ist nicht die Rede.

Einen Grund hierfür sehen wir darin, dass die Energiewende meist in technologischer und kostenbasierter ökonomischer Perspektive betrachtet und auf diese reduziert wird. So soll zum Beispiel die Transformation des Kraftwerksparks von fossiler zu regenerativer Stromerzeugung effektiv vorangetrieben werden (Joas und Küchler 2015, S. 3). Eine zentrale Rolle spielt dabei die Versorgungssicherheit. Damit jederzeit und an jedem Ort genügend Strom vorhanden ist, müssten Kapazitäten vorgehalten und Stromtrassen gebaut werden. Diese Versorgungssicherheit bezieht sich ausschließlich auf die Gegenwart. Zum Verständnis der Regenerationsvergessenheit dieser „regenerativen“ Stromerzeugung sei an John Locke und seinen Eigentumsvorbehalt erinnert. Übersetzt würde er hier lauten: Es darf nur so viel Strom hergestellt, verteilt und verbraucht werden, dass auch andere Völker und künftige Generationen genügend und in ausreichender Qualität davon herstellen, verteilen und verbrauchen können.

Damit rückt die Suffizienz als einer der drei Wege zur Nachhaltigkeit ins Blickfeld. Stromsparen im Sinne des geringeren Verbrauchs und der geringeren oder veränderten Nutzung wird jedoch in den zentralen politischen Dokumenten kaum thematisiert. Der suffiziente Umgang mit Energie sähe zum Beispiel wie folgt aus: Die Stromnetze werden auf eine geringere Kapazität hin ausgelegt und die Verbrauchsspitzen dadurch gekappt, dass der Stromkonsum zu diesen Zeiten bewusst eingeschränkt wird. Die Suffizienzperspektive unterscheidet sich von der Effizienz- (mehr Energiedienstleistungen bei geringerem Naturverbrauch) und von der Konsistenzperspektive (Wechsel zu einer naturverträglichen Stoffbasis) dadurch, dass aus ihr heraus Fragen nach inter- und intragenerationaler Gerechtigkeit gestellt werden können und auch gestellt werden müssen.

Die Energiepolitik hält Nachhaltigkeitskriterien nicht stand

Diese Leitgedanken fließen aber in die Energiepolitik der Bundesregierung nicht ein. Vielmehr plädiert sie in ihrem gleichnamigen Energiekonzept für eine umweltschonende, zuverlässige und bezahlbare Energieversorgung (BMWi und BMU 2010).

Die intergenerationale Gerechtigkeit wird nicht nur missachtet, sondern deutlich verletzt, wenn Kapazitätsreserven in Form von Braunkohlekraftwerken vorgehalten werden sollen. Sie sollen garantieren, dass auch dann, wenn der Strommarkt als zen-

>

² Das Konzept ist vom *Netzwerk Vorsorgendes Wirtschaften* entwickelt worden. Darin sind Frauen aus verschiedenen Lebens- und Arbeitsbereichen aktiv, die an ökonomischen Fragen interessiert sind: www.vorsorgendeswirtschaften.de.

trale Steuerungsinstitution der Energiewende im Strombereich versagt, „wenn es trotz freier Preisbildung am Großhandelsmarkt wider Erwarten einmal nicht zur Deckung von Angebot und Nachfrage kommen sollte (...) alle Verbraucher Strom beziehen können“ (BMWi 2015, S. 4). Dadurch wird aber ein erhöhter CO₂-Ausstoß dieser Kraftwerke, der die Klimaerwärmung antreibt, in Kauf genommen. Die Kosten dieser fossilen „Sicherheitsstrategie“ werden auf künftige Generationen verschoben. Dabei gäbe es die regenerative Alternative, die Stromversorgung dezentral, gestützt auf Speicher und intelligente Netze (*smart grids*), zu gestalten und ganz auf Kohlekraftwerksreserven zu verzichten. Die Kosten der Energiewende unter *intragenerationalen* Gerechtigkeitsaspekten haben zum Beispiel Rosenkranz (2012) und Tews (2014) diskutiert.

Zusammengefasst und in erster Näherung liegt unseres Erachtens die Regenerationsvergessenheit darin, dass sich die Energiewende auf einen Ausstieg aus der Kernenergie und auf eine Umstellung auf erneuerbare Energien unter Beibehaltung der gewohnten Produktions- und Verteilungsstrukturen sowie der Nutzungsgewohnheiten beschränkt.

Der „neue“ Umgang mit Energie bleibt alten Mustern verhaftet

Doch warum ist die Wende zu einer regenerativen Energieversorgung mit maßvollem Energieeinsatz bisher nicht gelungen, obwohl sie technisch möglich wäre? Hartwig Berger (2009) ist in seinem Buch *Der lange Schatten des Prometheus* dieser Frage nachgegangen. Er stellt fest, dass die meisten energie- und klimapolitischen Diskurse durch eine technisch-ökonomische Sicht geprägt seien. Berger betrachtet den Umgang mit Energie in seinen sozialen Zusammenhängen. Es zeige sich, dass dieser Umgang soziokulturellen Regeln folge, die erlernt und eingeübt wür-

den. Eine „Kulturrevolution“, ein Wandel dieser eingewurzelten Gewohnheiten, sei jedoch nicht erfolgt.

Energie als Lebensenergie sei weiterhin im Alltag ein positiv besetzter Begriff; es gelte als erstrebenswert, über viel Energie zu verfügen. Energie als Fremdenergie (Nutzung fremder Pferde- stärken) gelte allgemein als Mittel, die begrenzte Lebensenergie zu steigern und als Ausdruck von Fortschritt. Die Neigung zum aufwendigen Gebrauch von Energie sei strukturell angelegt.

Daher müsse die Attraktivität des Verfügens über Energie verstanden werden. Dazu bedarf es einer herrschaftskritischen Perspektive. Hartwig Berger verweist auf die Wurzeln europäischer Denktradition: der Gebrauch von Technik als Ausübung von Herrschaft über Naturprozesse – ermöglicht durch den gesteigerten Einsatz von Fremdenergie. Wenn also der Einsatz von Fremdenergie stärker gesucht als vermieden werde, dann auch deshalb, weil er als Bekundung von Herrschaft über Sachen zusätzlich einen Eigenwert habe. Vor diesem Hintergrund könne eine Beschränkung des Energieeinsatzes immer einen Machtverzicht oder Machtverlust bedeuten.

In herrschaftskritischer politischer Perspektive bedeutet „Energiewende“ daher, die Frage nach Entkopplung anders zu stellen: Wie können Energieverbrauch und Herrschaft entkoppelt, wie kann die Zwangsbindung von Energieverbrauch, Prestige und Einflussmöglichkeiten aufgelöst werden?

Somit sind mit einem Perspektivwechsel grundlegende Fragen aufgeworfen und es wird deutlich, dass für eine echte Energiewende der Umgang mit Energie gesellschaftlich neu verhandelt werden muss. Die sozialen, kulturellen, ökonomischen und politischen Traditionen und Strukturen bleiben aber bisher weitgehend unhinterfragt und es besteht die Gefahr, dass die Energiewende darin stecken bleibt. Deshalb formulieren wir abschließend einige Ideen, wie der gesellschaftliche Umgang mit Energie so gestaltet werden kann, dass er die ökologische und soziale Regenerationsfähigkeit stärkt.

Anzeige

Regenerative Perspektiven – ökologisch und sozial

Erstens: Ein sparsamer und regenerativer gesellschaftlicher Umgang mit Energie kann *politisch* nicht aufgeherrscht werden – er muss aus der Gesellschaft heraus gestaltet werden. Hierzu bedarf es auf der politischen Ebene einer gemeinschaftlichen Formulierung der Ziele. Und es müssen die Stimmen zu Wort kommen, die im Lobbyismusgeflecht der immer gleichen Gesichter in den Verhandlungen bisher nicht gehört wurden: Stimmen aus der Lebenswelt, Stimmen sozial Schwacher, Stimmen, die für die Regenerationsfähigkeit von Natur sprechen. Diese Zielformulierung erschöpft sich nicht in einem konsultativen Prozess, sondern sie ist entscheidungsrelevant. Notwendig ist also ein Recht auf Mitgestaltung, sowohl auf der übergeordneten Ebene als auch auf der nähräumlichen, etwa bei der Ausgestaltung von Energieinfrastrukturen: „Bürgerbeteiligung eignet sich (...) nicht dazu, für bereits vorhandene Lösungsvorschläge Akzeptanz zu schaffen. Beteiligung setzt Offenheit über Optionen voraus“ (Renn et al. 2013, S. 279). Eine regenerative Energiewende bedarf somit einer deliberativen, einer ermöglichenden und einer langfristig orientierten Politik (siehe auch Rösch et al. 2016, in diesem Heft).

Zweitens: *Neue ökonomische Strukturen und Prinzipien* müssen zugelassen, ermöglicht und gefördert werden – kleinräumige, kooperative, lebensnahe Strukturen, in denen das Wirtschaften im Lebensalltag, das alltägliche Sorgen und Vorsorgen, an Bedeutung gewinnt. Hier können sich neue Rationalitäten entwickeln, die sich nicht an kurzfristiger Effizienz und wettbewerblicher Konkurrenz, sondern am langfristigen und gemeinschaftlichen Erhalt sozial-ökologischer Regenerationsfähigkeit orientieren und diese steigern.

Drittens: Mit Blick auf das *Verhältnis von Ökonomie und Politik* sind die „verdeckten“ Regulierer zu überwinden, vor allem das Diktat der Kosteneffizienz und das Dogma des konkurrenzgetriebenen Wettbewerbs. Denn diese kosten viel, zum Beispiel Zeit, die bei der Konkurrenz im Wettbewerb verschlissen wird, oder Vielfalt – Vielfalt der Möglichkeiten anderer, selbstverwalteter und kollektiver Formen. Und sie kosten Zukunft, denn der Kostenbegriff ist ein kurzfristiger, bezieht die Kosten für künftige Generationen nicht mit ein.

Viertens: Da es nicht nur um technische und ökonomische Veränderungsprozesse geht, sondern ein umfassender kultureller Wandel nötig ist, sind *gesellschaftliche Diskurse auf allen Ebenen* gefragt. Eine regenerative Energiewende würde so in ein gesellschaftliches Bewusstsein bisheriger Handlungsmuster eingebettet. Sie wäre Teil gesellschaftlicher Beratungen darüber, wie ein gutes Leben zukünftig in Deutschland als Teil von Europa und der globalisierten Welt aussehen könnte. Die Gestaltung eines regenerativen Energiesystems könnte als Schritt auf dem Weg zu ebendiesem guten Leben verstanden werden.

Literatur

- Berger, H. 2009. *Der lange Schatten des Prometheus. Über unseren Umgang mit Energie*. München: oekom.
- BMWi (Bundesministerium für Wirtschaft und Energie). 2015. *Eckpunkte für eine erfolgreiche Umsetzung der Energiewende. Politische Vereinbarungen der Parteivorsitzenden von CDU, CSU und SPD vom 1. Juli 2015*. www.bmwi.de/BMWi/Redaktion/PDF/E/eckpunkte-energiewende,property=pdf,bereich=bmwi2012,sprache=de,rwb=true.pdf (abgerufen 21.09.2015).
- BMWi, BMU (Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit). 2010. *Energiekonzept für eine umweltschonende, zuverlässige und bezahlbare Energieversorgung*. Berlin: BMWi, BMU. www.bmwi.de/BMWi/Redaktion/PDF/E/energiekonzept-2010,property=pdf,bereich=bmwi2012,sprache=de,rwb=true.pdf (abgerufen 21.09.2015).
- Joas, A., S. Küchler. 2015. *Strommarktdesign. Thesen zu unterschiedlichen Reformoptionen*. Hintergrundpapier des Forums für ökologisch-soziale Marktwirtschaft (FÖS). www.foes.de/pdf/2015-02-Hintergrundpapier-Strommarktdesign-Reformoptionen.pdf (abgerufen 17.07.2015).
- Locke, J. 1977 (orig. 1690). *Zwei Abhandlungen über die Regierung*. Herausgegeben und eingeleitet von Walter Euchner. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Netzwerk Vorsorgendes Wirtschaften. 2013. *Wege Vorsorgenden Wirtschaftens*. Marburg: Metropolis.
- Papst Franziskus. 2015. *Laudato Si'. Die Umwelt-Enzyklika des Papstes*. Freiburg: Herder. www.dbk.de/fileadmin/redaktion/diverse_downloads/presse_2015/2015-06-18-Enzyklika-Laudato-si-DE.pdf (abgerufen 06.10.2015).
- Renn, O. et al. 2013. Die Öffentlichkeit an der Energiewende beteiligen. Grundsätze und Leitlinien für Planungsvorhaben. *GAIA* 22/4: 279–280.
- Rösch, C., K. R. Bräutigam, J. Kopfmüller, P. Lichtner, V. Stelzer. 2016. Nachhaltigkeitsindikatoren zur Bewertung des deutschen Energiesystems. *GAIA* 25/1: 69–70.
- Rosenkranz, G. 2012. Das sabotierte Jahrhundertprojekt. Wie die Bundesregierung die Energiewende hintertreibt. *Blätter für deutsche und internationale Politik* 11: 101–110.
- Tews, K. 2014. Energiearmut – vom politischen Schlagwort zur handlungsleitenden Definition? *GAIA* 23/1: 14–18.
- Tronto, J. C. 2013. *Caring democracy: Markets, equality, and justice*. New York: New York University Press.

Eingereicht am 4. März 2015; überarbeitete Fassung
angenommen am 10. August 2015.

Adelheid Biesecker

Geboren 1942 in Berlin. Studium der Volkswirtschaftslehre. Promotion 1967. 1971 bis 2004 Professorin für „Ökonomische Theorie unter besonderer Berücksichtigung ihrer gesellschaftshistorischen Entstehungsbedingungen“ an der Universität Bremen. Arbeitsschwerpunkte:

Geschichte ökonomischer Theorien, Mikroökonomie aus sozial-ökologischer Perspektive, vorsorgendes Wirtschaften, Zukunft der Arbeit.



Uta von Winterfeld

Geboren 1957 in Bergneustadt, Nordrhein-Westfalen. Studium der Politikwissenschaft. Promotion 1993, Habilitation 2006. Projektleiterin am Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie und Privatdozentin am Fachbereich Politik- und Sozialwissenschaften der Freien Universität Berlin. Arbeitsschwerpunkte: gesellschaftliche Natur- und Geschlechterverhältnisse, Partizipation und Governance, Anpassung an den Klimawandel.

